

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

---

III. LEGISLATURA  
III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 149<sup>a</sup> - 149. SITZUNG  
8 - 3 - 1960

INDICE

Disegno di legge n. 123:  
« Stati di previsione dell'entrata e della  
spesa della Regione Trentino-Alto Adige  
per l'esercizio finanziario 1960 »

Pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 123:  
« Voranschläge der Einnahmen und Aus-  
gaben der Region Trentino-Tiroler Etsch-  
land für das Finanzjahr 1960 »

Seite 3



Presidente: *dottor Silvio Magnago.*

Vicepresidente: *dottor Remo Albertini.*

Ore 10.30

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 3 marzo 1960.

TRENTIN (Segretario questore - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

Continua la discussione generale sul disegno di legge n. 123:

« *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1960* ».

Dopo la seduta di questa mattina c'è riunione di capigruppo.

Danacht ist Gruppenobmannsitzung.

Ha chiesto la parola il dottor Brugger nella discussione generale.

Herr Dr. Brugger hat das Wort.

BRUGGER (S.V.P.): Verehrter Herr Präsident, werte Kollegen! Als Cesare Merzagora in seiner Eigenschaft als Präsident des Senates vor Tagen, nach dem Rücktritt der Regierung Segni, die Korruption in der Politik brandmarkte sowie die übertriebene Selbstherrlichkeit des Verfassungsgerichtshofes kritisierte, zollte ihm der versammelte Senat Beifall. Dieser Beifall wurde dem Präsi-

ten des Senates fast zum selben Zeitpunkte gespendet, als im Regionalrat der Region Trentino-Südtirol von einem Redner der S.V.P.-Gruppe ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes hinsichtlich des Entzuges der Zuständigkeiten des Landes auf dem Sektor des Volkswohnbaues kritisiert wurde, weil es im Gegensatz zu den bestehenden Verfassungsnormen gefaßt ist. Gegen den Redner der S.V.P., der sich erlaubt hatte, am Entscheid des Verfassungsgerichtshofes Kritik zu üben, erhob sich der Ruf nach Einleitung eines Strafverfahrens wegen Beleidigung eines staatlichen Gerichtsorganes.

Man kann sich in Südtirol des Eindruckes nicht erwehren, daß hier von irgendeiner Seite ein System ausgeklügelt wurde, um die Südtiroler durch ungerechte Vorenthaltung ihrer Rechte und willkürliche Polizeimaßnahmen so zu zermürben, daß sie entweder zu Verzweiflungstaten getrieben werden oder aus Angst Beteuerungen der Zusammenarbeit abgeben sollen, um das eine und das andere propagandistisch zu verwerten und die an sich loyale Bevölkerung Südtirols im In- und Auslande in Miskredit zu bringen.

Als die gewählten Vertreter des Südtiroler Volkes im Parlament und im Regionalrat feststellen mußten, daß die unserer Volksgruppe völker- und verfassungsrechtlich eingeräumten Schutzbestimmungen nicht oder in völlig unzulänglicher Weise durchgeführt werden, sind sie in die Opposition gegen die hierfür verantwortliche Regierungspartei in Staat und Region getreten. Als Oppositionspartei haben wir die Pflicht, alles zu tun, was unserem Verhalten zum Erfolge verhilft. Dazu ist die Aufrechterhaltung einer wenn auch lockeren Verbindung mit den anderen Oppositionsparteien erforderlich. Diese ist gemäß dem Beschluß der Gruppe gepflogen worden. Es bedarf wohl keiner weiteren Feststellung, daß eine bedingte Interessengemeinschaft in der Opposition von einer An-

näherung auf ideologischer Ebene noch weit entfernt ist. Übrigens hat die christlich-demokratische Partei Italiens in der Vergangenheit Koalitionsregierungen mit Parteien marxistischer Ideologie gebildet. Warten wir ab, ob dies nicht neuerdings der Fall sein wird. Deshalb ist kein Vertreter der DC in diesem Regionalrat berechtigt, jener ideologisch gleich ausgerichteten Partei Tadel konfessioneller Natur zu erteilen, deren Vertreter übrigens nie mit Mandatären marxistischer Parteien in Koalition waren, die jedoch nach langer Geduldprobe und schwerster Enttäuschung, die sie gerade von der DC erfahren mußte, gezwungen wurde, in die Opposition zu gehen, welche nicht durch ein gemeinsames Programm zusammengehalten wird.

Solange die SVP mit der DC in Regierungskoalition war, hat es keine präventiven Koalitionsprogramme gegeben. Erst als unsere Gruppe in die Opposition gehen mußte, hörte man plötzlich von einem Regierungsprogramm, auf das sich die DC mit den Neufaschisten und Liberalen geeinigt hatte.

Wenn seitens der DC heute die Behauptung aufgestellt wird, daß im vergangenen Jahre im Zeichen dieser wenn auch stillen Koalition zwischen der DC und den bereits erwähnten antiautonomistischen Parteien nicht im mindesten Rechte oder Interessen der Südtiroler verletzt wurden, so entspricht dies nicht der Wahrheit. Die Beweise dafür wurden bereits zum Großteil durch die Vorredner der SVP-Gruppe geliefert. Das christliche Verantwortungsbewußtsein der Regierungspartei und ihre angeblich autonomistische Einstellung hat in dieser Zeit fürwahr einiges zu wünschen übriggelassen.

Wer ein gutes gewissen hat, braucht nichts zu verbergen. Deshalb ist es eigenartig, daß uns eigene statistische Erhebungen über die Volkszugehörigkeit der in Südtirol ansässigen Bevölkerung untersagt werden, und daß diese Erhebungen ein Monopol des Zentralamtes für Statistik in Rom sind. Wenn man von der Richtigkeit dieser Ergebnisse überzeugt ist, braucht man eine Überprüfung derselben nicht zu scheuen.

Der Beweis, daß in unserer Heimat die Unterwanderung durch italienische Zuwanderer aufgehört hat, ist nicht hinreichend, wenn der Präsident des Regionalausschusses einfach anhand von Zahlen

feststellt, daß zur Zeit mehr Menschen aus Südtirol abziehen als zuwandern. Um den Beweis wirklich liefern zu können, müßte festgestellt werden, zu welcher Volksgruppe die Zuwanderer und zu welcher die Abwanderer gehören. Aus Teilüberprüfungen kann geschlossen werden, daß der Großteil der Abwanderer Südtiroler sind und der Großteil der Zuwanderer Italiener. Also geht die Unterwanderung weiter. Die Bevölkerungsbewegung in den Städten Südtirols, besonders in Bozen, gibt hierüber klaren Aufschluß.

Die Aufgabe, welche wir übernommen haben, als der Pariser Vertrag abgeschlossen wurde und auf die der Präsident des Regionalausschusses in seiner Rede zu Beginn der Haushaltsdebatte 1960 aufmerksam machte, ist uns wohl bewußt. Südtirol soll als Brücke für die Völkerverständigung zwischen dem Norden und dem Süden Europas dienen. Doch wie soll diese Brücke durch Südtirol gehen, wenn der eine Pfeiler in Rom und der andere im italienischen Trentino anstatt in Südtirol gesetzt wurde? Es müssen Taten gesetzt werden, konkrete Taten in und für Südtirol, damit diese Aufgabe erfüllt werden kann. Es genügt nicht, daß uns das Recht auf unserer Muttersprache eingeräumt ist. Übrigens steht dieses Recht heute noch weitgehend nur auf dem Papier, ebenso wie das Recht auf die Pflege und Entwicklung unseres kulturellen Lebens, auf Wahrung der Tradition, auf Erhaltung einer eigenen Presse, auf Schulen mit Unterricht in der Muttersprache usw. In der Aufzählung des Präsidenten des Regionalausschusses fehlt das Wesentliche. Taten müssen gesetzt werden, damit unsere in großer Zahl heranwachsende Jugend Existenzmöglichkeiten in der eigenen Heimat, in Südtirol, insbesondere in den Städten Südtirols findet. Hierzu ist die Achtung und der Schutz des Siedlungsraumes eine unerläßliche Voraussetzung, damit der Südtiroler Volksgruppe in ihrem natürlichen Wachstum eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung gewährleistet wird.

Wir mußten in den vergangenen elf Jahren seit dem Bestehen der Region Trentino-Tiroler Etschland feststellen, daß durch diese Institution trotz mannigfacher Leistungen auf wirtschaftlicher Ebene kaum Vorkehrungen seitens der verantwortlichen Organe derselben getroffen wurden, um uns

diese Hauptsorge zu nehmen. Im Gegenteil, die Betonung der Notwendigkeit des besonderen Schutzes der italienischen Volksgruppe, welche einen 50-Millionen-Staat hinter sich hat, bestärkt uns in der Befürchtung, daß die Vertreter des Staatsvolkes nicht nur in Rom, sondern auch in Trient von der zentralistischen Denkweise beseelt sind und für eine vollkliche Minderheit und deren Belange nur wenig Verständnis aufbringen. Dies beweist das Verhalten der Trentiner gegenüber den deutschsprachigen Minderheiten in den Sprachinseln der Val Sugana, die viel eher mit den slawischen Minderheiten in Südkärnten verglichen werden könnten als die in einem geschlossenen Siedlungsraum lebenden Südtiroler. Ist es denn gerechtfertigt, daß die Schuld am Scheitern der Völkerversöhnung in Südtirol uns aufgelastet wird, wenn besondere Schutzmaßnahmen in Südtirol anstatt für die zu schützende Südtiroler Minderheit zugunsten jenes Teiles des italienischen Staatsvolkes getroffen werden, in dessen Hand heute noch der gesamte Polizeiapparat liegt und der heute noch fast ausschließlich die Gerichtsbarkeit und die staatlichen und halbstaatlichen Beamten- und Angestelltenposten innehat, sowie durch eigene Behörden die Kontrolle über jene Verwaltungsorgane ausübt, in denen die Südtiroler in der Mehrheit sind?

Eigenartig ist man beeindruckt, wenn in der Rede des Präsidenten des Regionalausschusses kaum Unterschiede zwischen Befugnissen der Region und Befugnissen der beiden sogenannten autonomen Provinzen aufscheinen. Die Annahme liegt nahe, daß dies bewußt geschehen ist, wenn festgestellt werden muß, daß mit dieser Rede vom 14. Jänner 1960 propagandistisch gewaltig ins Feld gezogen wurde, denn wir wissen, daß diese Rede nicht nur in der Region, sondern in ganz Italien und besonders in Ausland in Übersetzung in weitestem Umfang verteilt wurde.

Deshalb ist zur Berichtigung der Äußerung des Regionalausschußpräsidenten die Klarstellung wohl wichtig, daß der Volkswohnbau nicht eine Angelegenheit der Region, sondern eine primäre Zuständigkeit der Provinzen Bozen und Trient ist. Für die Provinz Bozen, also für Südtirol, ist diese Zuständigkeit von besonderer Bedeutung, damit un-

serer überschüssigen Bevölkerung besonders in den Städten unserer Heimat Wohnungen geboten werden können und dieselben nicht wie bis jetzt fast ausschließlich den Zuwanderern aus dem Süden zugutekommen. Der Südtiroler Landtag hat deshalb diese ihm eingeräumte Befugnis durch Verabschiedung eines Landesgesetzes wahrgenommen. Das Landesgesetz wurde mehrfach von der Zentralregierung in Rom mit dem Hinweis auf das Fehlen von Durchführungsbestimmungen rückverwiesen. Als sich die Zentralregierung erst nach Ablauf von mehr als zehn Jahren seit Inkrafttreten des Autonomiestatuts entschloß, Durchführungsbestimmungen zu dieser wichtigen Norm zu erlassen, mußten die Südtiroler Vertreter feststellen, daß dem Lande dadurch die Zuständigkeit praktisch genommen wurde. Der Verfassungsgerichtshof in Rom hat die Nichtabgabe der staatlichen Verwaltungsmacht an die Provinz Bozen auf dem Gebiete des Volkswohnbaus und damit die Nichteinhaltung eines klaren Verfassungsgrundsatzes mit der Berufung auf die nationalen Interessen gerechtfertigt. So wurde die primäre Gesetzgebungsgewalt des Landes Südtirol, die im Autonomiestatut verankert ist, auf einem für uns entscheidenden Gebiet ausgehöhlt. Trotzdem haben wir versucht, die wenigen Befugnisse Verwaltungsrechtlicher Natur auszuüben, die uns von diesen Nichtdurchführungsbestimmungen übriggeblieben sind. Sogleich trat uns ein Minister christlich-demokratischer Parteizugehörigkeit der römischen Zentralregierung entgegen, um uns auch diese noch streitig zu machen. Er hat wohl nicht in Ausübung des Subsidiaritätsprinzips eingegriffen, das auch für die DC-Politiker in der Region bis heute nur ein Lippenbekenntnis geblieben ist.

Weil wir in der bestehenden Region, in der wir in eine hoffnungslose Minderheit versetzt wurden, nach sehr langem Zuwarten nunmehr zu dem Schlusse kommen mußten, daß wir auf das Verständnis der Vertreter des Staatsvolkes in Trient und Rom nicht rechnen können, haben wir eine echte Landesautonomie, eine Selbstregierung für Südtirol allein gefordert, denn letzten Endes bedeutet Autonomie « sich selbst regieren können » und nicht « von anderen regiert werden ». Dieses unser Begehren fußt auf dem Buchstaben und dem Sinn des Pariser Vertrages. Wir sind überzeugt,

mit dieser maßvollen Forderung einen konkreten Beitrag zur europäischen Einigung im Sinne der Völkerverständigung ohne Grenzverschiebungen zwischen Nachbarstaaten zu leisten. Deshalb wurde von den gewählten Vertretern der Südtiroler Volksgruppe vor zwei Jahren im Senate und in der Abgeordnetenkommission der entsprechende Verfassungsentwurf eingebracht, der aber bis heute keiner Behandlung gewürdigt wurde. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die außerordentlich lange Verzögerung der Willensäußerung des Zentralparlamentes in bezug auf diesen Entwurf auf mangelndes Verständnis gegenüber den berechtigten Forderungen einer volklichen Minderheit zurückzuführen ist, trotz Art. 6 der Staatsverfassung und der Kenntnis der aus dem Pariser Vertrage erwachsenden Verpflichtungen. Um das erforderliche Verständnis zur raschestmöglichen Verabschiedung des Entwurfes zu untermauern, wird sich wohl der andere Vertragspartner des Pariser Vertrages, die österreichische Regierung, einsetzen müssen, falls die Verzögerungen noch lange anhalten.

Bei dieser Gelegenheit erachten wir es für notwendig — um keine Zweifel offenzulassen —, neuerdings zu bekräftigen, daß die Südtiroler Volkspartei von ihrer Forderung auf eine echte Selbstregierung für Südtirol allein im Sinne des obenerwähnten Gesetzentwurfes unter keinen Umständen abgehen kann und wird. Wir Vertreter der Südtiroler erklären verbindlichst, daß wir keine Absicht haben, die natürliche Entwicklung der in unserer Heimat lebenden italienischen Volksgruppe einzuschränken. Dieser unser Wille kann bewiesen werden durch unser Verhalten gegenüber der italienischen Volksgruppe in jenen Körperschaften und Einrichtungen, in denen die Südtiroler in der Mehrheit sind. Im Südtiroler Landtag und in der Landesverwaltung sind wir in der Mehrheit. Infolge der verträglichen Zusammenarbeit in der Südtiroler Landesverwaltung sind dort die Vertreter der italienischen Volksgruppe nicht aus der Koalition ausgetreten. Nur bei Gewährung einer echten Selbstregierung können wir frei von Furcht vor Überfremdung leben und würden somit in die Lage versetzt, gegenüber den Belangen der hier lebenden Italiener noch mehr Verständnis aufzubringen.

Eine echte Landesautonomie allein wird die natürliche Entwicklung und Hebung des Wohlstandes aller in Südtirol lebenden Volksgruppen gewährleisten. Selbstverständlich haben wir nichts einzuwenden, wenn auch der Provinz Trient eine Sonderautonomie eingeräumt wird.

In dieser gespannten Lage wirken nun nach der Rede des Präsidenten des Regionalausschusses die offiziellen Erklärungen der DC aus dem Munde des Gruppenführers Dr. Kessler überraschend. Gewisse einsichtsvolle Behauptungen stehen im Gegensatz zur bisherigen Auffassung der DC und bilden einen Fortschritt, weil sie das erstmal im Regionalrat geäußert wurden, doch sind sie betont allgemein gehalten, so daß wir sie nicht hinreichend werten können. Wir erfahren, daß die DC eine Koexistenz der verschiedenen Volksgruppen in Südtirol ohne Vermischung derselben zugesteht. Wir nehmen die freilich reichlich verspäteten Hinweise mit Befriedigung entgegen, daß eine volkliche Minderheit nicht auf die Dauer bestehen kann, wenn ihr nur dieselben Rechte eingeräumt sind wie dem Staatsvolke, weshalb der Minderheitenschutz Sondermaßnahmen erfordert. Wir erfahren aus der Rede des Sprechers der Mehrheitspartei einiges über den Staat in Verbindung mit dem Subsidiaritätsprinzip, hatten aber bis heute keinen Anlaß zu glauben, daß die Vertreter seiner Partei in der Zentralregierung diesem Grundsatz entsprechend gehandelt hätten. Wir wünschen, daß wir in Zukunft daran glauben können, um so die Autorität des Staates nicht nur fürchten zu müssen, sondern ihm auch entsprechende Achtung zollen zu können.

Wohl zum erstenmal haben wir aus dem Munde eines qualifizierten Vertreters der DC allgemeine Äußerungen über die Anerkennung des Elternrechtes in kulturellen Belangen gehört. Sind die Zusicherungen, die uns der Gruppenführer der DC im Regionalrat allzu allgemein gemacht hat, mit den verantwortlichen Zentralstellen der DC in Rom und mit der Regierung vereinbar? Wir zweifeln daran, auch weil sich indessen in Rom eine Regierungskrise ergeben hat. Wenn keine Vereinbarungen mit den Zentralstellen da sind, haben diese späten Zugeständnisse für uns einen wesentlich geringeren Wert, denn ihre Verwirklichung liegt nicht in den Händen der Region, sondern fast

ausschließlich in denen des Staates. Oder hat der Gruppenführer der DC die Zusicherungen bewußt allgemein und vage gehalten, um sie unverbindlich zu belassen?

Seine Darlegungen über die Durchführungsbestimmungen zur Schulautonomie hätten noch konkreter sein können, nachdem diese lange schon Gegenstand von Verhandlungen waren, insbesondere hinsichtlich der Überführung des deutschen und ladinischen Lehrpersonals auf das Land, hinsichtlich der Nichtüberprüfbarkeit der Elternerklärung auch für Ladiner, welche allein mit dem proklamierten Elternrecht im Einklang steht, hinsichtlich der Gleichberechtigung der Ladiner in der Schulverwaltung, der Eigenverantwortung des Schulamtsleiters für die deutschen und ladinischen Schulen usw. Wir wären sogar einverstanden, daß sich die Durchführungsbestimmungen zur Schulautonomie vorderhand nur auf das deutsche und ladinische Schulwesen beschränken. Wenn der Sprecher der DC schon die Möglichkeit der Entstaatlichung der Gemeindesekretäre wieder hervorholt, warum sagt er nicht, wie er sich diese Maßnahme konkret vorstellt, ob mit Regionalgesetz oder mit Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut?

Ebenso vage ist die Andeutung hinsichtlich der Möglichkeit einer Übertragung von Vollmachten durch Staatsgesetze auf Grund des Art. 13 des Autonomiestatuts auf das Land und auf andere örtliche Körperschaften. Hätte er nicht konkrete Maßnahmen nennen können, so z.B. die Übertragung der staatlichen Befugnisse hinsichtlich des Arbeitsamtes und des Arbeitsinspektorats auf das Land? Warum kann die Kontrolle über die Vergebung des Wohnsitzrechtes (residenza) nicht auf diesem Wege vom Staate der Landesbehörde anvertraut werden?

Der Gruppenführer der DC im Regionalrat versprach Maßnahmen, um Südtirolern den Eintritt in öffentliche Ämter und Dienste zu erleichtern und erklärte, daß unsere Befürchtungen unbegründet seien. Zu unseren immer wieder vorgebrachten Forderungen auf Besetzung der Stellen in den in Südtirol bestehenden Staatsämtern und halbstaatlichen Institutionen durch Südtiroler, Italiener und Ladiner gemäß der völkischen Proportion im Lande, hat er nicht Stellung genommen. Diese Möglichkeit bestünde, indem die entsprechende Anzahl von Stellen

den einzelnen Volksgruppen im richtigen Verhältnis vorbehalten würde. Deshalb müssten Sonderwettbewerbe zur Besetzung dieser Stellen ausgeschrieben werden, an denen sich nur Südtiroler, Ladiner und die in Südtirol ansässigen Italiener beteiligen können. Maßnahmen zur Sicherung der Unversetzbarkeit deutscher und ladinischer Beamter und Angestellter staatlicher und halbstaatlicher Ämter außerhalb des Landes müßten getroffen werden.

Doch auch die Sachgebiete, in denen die Region die Befugnisse gemäß Art. 14 des Autonomiestatuts auf das Land übertragen kann, wurden in keiner Weise konkret angegeben, obwohl der Gruppenobmann der DC auf diesem Gebiete ein verbindliches Programm hätte aufzeigen können, denn hier handelt es sich um Befugnisse, für welche nicht die Zentralregierung, sondern die Region zuständig ist.

Eine Erwähnung sei mir vor Abschluß noch gestattet, die ich als wichtig ansehe. Die Vertreter der DC müßten einsehen, daß unserer Volksgruppe in der faschistischen Ära Unrecht geschehen ist. Warum wird so lange gezögert, um dieses Unrecht wenigstens zum Teil anzuerkennen? Die für uns wesentlichste Feststellung aus der Rede des Gruppenführers der DC ist aber die, daß eine eigene echte Landesautonomie für Südtirol allein nicht in Frage kommen könne, denn das bestehende Gefüge der Region dürfe nicht revidiert werden. Doch er geht noch weiter. Mit den von ihm angedeuteten Zugeständnissen erachtet die DC die für die Erhaltung unserer Volksgruppe möglichen Maßnahmen als endgültig abgeschlossen. Deshalb muß die Darlegung des Sprechers der DC, trotz der manchmal höflichen und entgegenkommenden Wendungen, als eine Art Ultimatum aufgefaßt werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß im Laufe von mehr als elf Jahren seit dem Bestehen der Region unsererseits schon so mancher Schritt versucht wurde, um unter anderem auch die jetzt in Aussicht gestellten Zugeständnisse in Erfüllung der uns zustehenden Rechte zu erreichen.

Infolge des argen Verzugs und der ablehnenden Haltung der bisher Verantwortlichen an der Entwicklung der Verhältnisse in der Region sind wir auf regionaler Ebene in diese schwere Lage gekommen.

Kein Wort wurde darüber verloren, daß uns

die DC vielleicht behilflich sein würde, durch Änderung der Durchführungsbestimmungen auf dem Gebiete des Volkswohnbaus einen Grundpfeiler für die Erhaltung unseres Lebensraumes und Siedlungsgebietes zu retten, der uns entgegen einer klaren Bestimmung des Autonomiestatuts entzogen wurde. Man kann das verlorene Vertrauen nicht mit Worten allein wiedergewinnen noch wiedergeben. Auch kann das Vertrauen nicht mit Gewalt erobert, noch mit Drohungen hergestellt werden.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß uns die Darlegungen der DC, wie wir sie aus dem Munde ihres Gruppenführers im Regionalrat gehört haben, trotz der manchmal geschickten Formulierungen im Inhalt absolut enttäuschen, und zwar erstens, weil darin unsere bereits durch einen Verfassungsgesetzentwurf klar formulierte Forderung nach einer echten Landesautonomie für Südtirol allein präzise abgelehnt wird. Zweitens, weil der allergrößte Teil der darin enthaltenen Zugeständnisse überhaupt nur zur Verwirklichung kommen kann, wenn die italienische Regierung — die heute nicht besteht — ihr Ja-Wort dazu gibt und drittens, weil in den wenigen Monaten, die dem Regionalrat vor den Neuwahlen noch zur Verfügung stehen, die Zeit zu ihrer Verwirklichung fehlt, auch für den Fall, daß die Zentralregierung in Rom ihr Einverständnis geben würde, die dargelegten Zugeständnisse zu verwirklichen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal feststellen, daß die Formulierungen, die in der Rede des Gruppenführers der DC verwendet wurden, vollkommen unbestimmt sind und sich daraus keine präzisen Verpflichtungen ableiten lassen. Zuletzt füge ich noch hinzu, daß all das, was hier als maximale Konzession von der DC vorgebracht wurde, nicht anderes bedeutet als entweder eine mangelhafte Durchführung des bestehenden unzureichenden Autonomiestatuts oder die Abschaffung eines kleinen Teiles jener ungerechten Zustände in Südtirol, die noch aus der faschistischen Aera herkommen.

Aus diesen Gründen sehe ich mich veranlaßt, im Namen der Gruppe der Landtagsabgeordneten der Südtiroler Volkspartei zu erklären, daß diese Angebote keine Voraussetzung dafür bilden können, daß unsere Gruppe ihre Haltung in der Re-

gion revidiert. Ja, sie bilden nicht einmal die Voraussetzung dafür, daß eine provisorische Übergangslösung bis zu den nächsten Wahlen gefunden werden kann.

**PRESIDENTE:** C'è qualcuno che chiede la parola nella discussione generale.

**MOLIGNONI (P.S.D.I.):** Togliere la seduta e rimandare.

**PRESIDENTE:** E' stato presentato un ordine del giorno a firma del cons. Corsini, che dice: «Udite le dichiarazioni dei gruppi consiliari nel corso della discussione generale sugli stati di previsione dell'esercizio finanziario 1960, il Consiglio Regionale invita la Giunta Regionale a verificare la propria maggioranza».

E' evidente che questo ordine del giorno va discusso dopo la chiusura della discussione generale, lo comunico semplicemente. Nessuno chiede la parola? Il Consiglio finisce i lavori per oggi, si riunisce martedì alle ore 15 mentre prego i capigruppo di rimanere qui per stabilire la futura procedura delle discussioni qui in Consiglio.

Dienstag, um 15 Uhr.

**MOLIGNONI (P.S.D.I.):** Il testo delle dichiarazioni!...

**PRESIDENTE:** Nel frattempo verrà distribuito il testo.

In der Zwischenzeit werden wir den Text der Rede Dr. Bruggers verteilen.

I capigruppo si fermano qui per una riunione.

Die Gruppenobmänner bitte ich, zu einer Besprechung hierzubleiben.

La seduta è tolta.

(Ore 11,30).

Traduzione dell'intervento del cons. dr. Peter Brugger.

On. Presidente, on. colleghi?

Quando Cesare Merzagora nella sua qualità di Presidente del Senato giorni fa dopo le dimissioni del Governo Segni aveva stigmatizzato la corruzio-



ne nella vita politica, nonchè l'esagerata autocraticità della Corte Costituzionale, i Senatori presenti gli tributarono il proprio applauso. Tale plauso gli venne tributato quasi nello stesso momento in cui in seno al Consiglio Regionale del Trentino-Alto Adige un oratore del gruppo del S.V.P. aveva criticato una sentenza della Corte Costituzionale relativa alla sottrazione delle competenze della Provincia nel settore dell'edilizia popolare, essendo tale sentenza stata emanata in contrasto con le vigenti norme costituzionali. Contro l'oratore del S.V.P., il quale si era permesso criticare la decisione della Corte Costituzionale, si levò il grido di aprire un procedimento penale per un'offesa recata ad un organo giurisdizionale dello Stato.

Non è possibile sottrarsi nel Tirolo meridionale alla impressione, che da qualche parte sia stato escogitato il sistema mirante a fiaccare i sudtirolesi attraverso la ingiusta ritenzione dei loro diritti e arbitrarie misure di polizia, in modo da spingerli verso atti esasperati, oppure indurli, per timore, a fare dichiarazioni di collaborazione, onde l'uno o l'altro possa essere sfruttato a fini propagandistici e per fare sì di gettare poi il discredito sulla popolazione di per sé stessa leale del Tirolo meridionale all'interno e all'estero.

Allorquando i rappresentanti eletti del popolo sudtirolese hanno dovuto constatare nel Parlamento come pure nel Consiglio Regionale che le norme di tutela rispondenti al diritto internazionale e costituzionale concesse al nostro gruppo etnico vengono attuate in maniera insufficiente o meno, essi si videro costretti a passare all'opposizione contro il partito governativo responsabile nello Stato e nella Regione di tale fatto. Come partito di opposizione abbiamo il dovere di fare tutto quanto sta in noi per assicurare il successo alla nostra posizione. Per fare questo è necessario mantenere un certo legame con gli altri partiti di opposizione. Ciò fu fatto in base ad una decisione del nostro gruppo. Ma al riguardo penso non sia necessario constatare nuovamente che una comunità di interessi condizionati tra coloro che si trovano all'opposizione sia ancora ben lontana da un qualsivoglia avvicinamento sul piano ideologico. Il partito democristiano italiano del resto era nel passato unito in governi di coalizione con partiti ad ideologia marxi-

sta. Aspettiamo quindi, per vedere se ciò non si verifichi nuovamente. Nessun rappresentante della D.C. comunque, di questo Consiglio Regionale, è autorizzato a formulare dei biasimi di tipo confessionale nei riguardi di quel partito ad indirizzo ideologico conforme, i cui rappresentanti d'altronde non furono mai uniti in coalizione con i mandatarî di partiti marxisti, ma che furono invece dopo un'estrema pazienza e delusioni gravissime costretti proprio dalla D.C. a passare all'opposizione, la quale peraltro non è tenuta insieme per mezzo di un programma comune.

Fintantochè la S.V.P. si era trovata in coalizione governativa con la D.C., programmi di coalizione preventivi non ce n'erano. Soltanto allorché il nostro gruppo ha dovuto passare all'opposizione, si sentì d'un colpo parlare di un programma governativo, sulla base del quale la D.C. si era messa d'accordo con i neofascisti e con i liberali.

Se ora da parte della D.C. si sta affermando che nel segno di tale seppure silenziosa coalizione tra la D.C. e i già menzionati partiti anti-autonomistici l'anno scorso perlomeno non sarebbero stati lesi i diritti o gli interessi dei sudtirolesi, devo dire che ciò non risponde a verità. E le prove al riguardo sono già state fornite in buona parte da chi del mio partito mi ha preceduto durante la discussione generale.

Invero, il senso di responsabilità cristiana del partito governativo e il suo preteso orientamento autonomistico hanno lasciato parecchio a desiderare in questo periodo.

Chi ha una coscienza tranquilla, non ha bisogno di nascondere nulla. È perciò strano che ci si neghi di fare proprie rilevazioni statistiche sulla appartenenza etnica della popolazione vivente nel Tirolo meridionale, lasciandole al monopolio dell'Ufficio centrale di statistica di Roma. Qualora si sia convinti della esattezza di tali rilevazioni, penso non sia necessario temere un loro riesame. Non convincente è pure l'affermata cessazione della sommersione etnica nell'ambito della nostra terra natia attraverso immigranti italiani quando cioè il Presidente della Giunta regionale cerca di stabilire con le cifre alla mano che attualmente dal Tirolo meridionale maggiore sia il numero di coloro che

emigrano rispetto a quello di coloro che vi immigrano. Per dare in proposito una prova effettiva sarebbe necessario stabilire a quale gruppo etnico appartengono gli immigranti e a quale altro gli emigranti. Da esami parziali si può peraltro dedurre che la maggior parte degli emigranti sono sudtirolesi e la maggior parte degli immigranti elementi italiani. La sommersione etnica quindi continua. Il movimento demografico nei centri del Tirolo meridionale e particolarmente a Bolzano ne è una chiara prova.

Il compito da noi assunto allorché fu stipulato l'accordo di Parigi, compito al quale il Presidente della Giunta regionale nel suo discorso all'apertura della discussione sul bilancio del 1960 si era richiamato, è cosa di cui abbiamo piena coscienza: il Tirolo meridionale cioè, dovrebbe servire da ponte al servizio della intesa tra i popoli del nord e del sud d'Europa. Ma in quale modo tale ponte potrà passare per il Tirolo meridionale, se uno dei suoi pilastri si trova a Roma e l'altro nel Trentino italiano anziché nel Tirolo meridionale stesso?

Ci vogliono dei fatti, dei fatti concreti, nel e per il Tirolo meridionale, affinché tale compito possa essere svolto. Non basta che ci sia concesso il diritto alla nostra lingua materna — diritto peraltro rimasto in larga misura ancora sulla carta — il diritto cioè a coltivare e sviluppare la nostra vita culturale, a coltivare le nostre tradizioni, a mantenere una nostra stampa propria, ad avere scuole proprie e l'insegnamento nella lingua materna ecc. ecc. Nella elencazione fatta dal Presidente della Giunta regionale manca l'essenziale. Occorrono dei fatti affinché la nostra numerosa gioventù trovi possibilità di esistenza nella terra avita, cioè nel Tirolo meridionale, e ciò soprattutto nei suoi centri. Ma per questo è necessario il rispetto e la salvaguardia dello spazio vitale del gruppo etnico sudtirolese, premessa indispensabile per un sano sviluppo economico e sociale di questo nostro gruppo, onde così garantire il suo naturale evolversi.

Nei passati 11 anni da quando esiste la Regione Trentino-Tirolo meridionale abbiamo purtroppo dovuto constatare come attraverso tale istituzione e malgrado le molteplici realizzazioni in

campo economico, quasi nessuna provvidenza sia stata attuata da parte dei suoi organi responsabili per liberarci da questa nostra preoccupazione principale. Al contrario, la rimarcata necessità di una particolare salvaguardia del gruppo etnico italiano, che pure ha alle proprie spalle uno Stato di ben 50 milioni di abitanti, riconferma in noi il timore che i rappresentanti del popolo di Stato non solo a Roma ma pure a Trento siano animati da una mentalità centralistica e che per conseguenza difficilmente potranno avere comprensione per le esigenze di una minoranza etnica. Ciò è dimostrato pure dall'atteggiamento dei trentini nei confronti delle minoranze di lingua tedesca nelle isole linguistiche della Valsugana, minoranze le quali molto più facilmente potranno essere confrontate con quelle slave della Carinzia meridionale che non con noi Sudtirolesi, viventi nell'ambito di un territorio ben delimitato.

È forse giustificato attribuire a noi la colpa per il naufragio della conciliazione tra i popoli nel Tirolo meridionale, se particolari provvedimenti nel Tirolo meridionale stesso sono presi non per la minoranza sudtirolese da tutelare ma invece per quella parte del popolo di Stato italiano, nelle cui mani tutt'oggi si trova l'intero apparato di polizia e quasi esclusivamente gli impieghi presso la magistratura e gli uffici statali e parastatali, oltre a disporre di proprie autorità di controllo su quegli organi amministrativi nei quali i sudtirolesi si trovano in minoranza?

Stranamente impressionati si resta nel constatare come nel discorso del Presidente della Giunta ci sia appena un accenno alle distinzioni da farsi tra le attribuzioni della Regione e quelle delle cosiddette Province autonome. Si potrà pertanto presumere che ciò sia cosa voluta, vista l'azione propagandistica imponente effettuata con il discorso del 14 gennaio 1960. Poiché sappiamo bene che lo stesso è stato divulgato su larga scala non solo nell'ambito della Regione, ma pure in tutta Italia e particolarmente all'estero nella sua versione tradotta. Occorre pertanto rettificare l'affermazione del Presidente della Giunta chiarendo che l'edilizia popolare non costituisce materia riguardante la Regione, ma competenza primaria delle Province di Bolzano e di Trento. Per la Provincia

di Bolzano, vale a dire per il Tirolo meridionale, tale competenza poi è di particolare importanza per consentire ad essa di offrire una casa soprattutto nei centri della nostra terra alla eccedenza della nostra popolazione e per fare sì che gli alloggi non vadano come fino ad oggi a quasi esclusivo beneficio degli immigranti dal sud. Il Consiglio Provinciale di Bolzano aveva pertanto esercitato tale attribuzione concessagli, attraverso la approvazione di una legge provinciale. La stessa fu poi più volte rinviata dal Governo centrale di Roma, con il richiamo alla mancanza di norme di attuazione. E allorquando il Governo centrale solo dopo trascorsi oltre 10 anni dall'entrata in vigore dello Statuto autonomistico si decise a emanare norme di attuazione in tale importante materia, noi rappresentanti sudtirolesi dovevamo amaramente constatare che, per mezzo delle stesse, alla Provincia era stata praticamente tolta la relativa competenza.

La Corte Costituzionale a Roma ha giustificato il mancato trasferimento della potestà amministrativa dello Stato alla Provincia di Bolzano in materia di edilizia popolare e con ciò la non-osservanza di un chiaro principio costituzionale, richiamandosi agli interessi nazionali. In tal modo la potestà legislativa primaria del territorio del Tirolo meridionale sancita dallo Statuto autonomistico è stata svuotata di una competenza per noi di portata determinante.

Malgrado ciò abbiamo tentato di esercitare quelle poche attribuzioni di diritto amministrativo ancora rimasteci di queste *norme di non attuazione*. E subito ci si oppose un Ministro democristiano del Governo centrale di Roma per contestarci anche quel po' che ci era rimasto. Ciò facendo egli non era di certo intervenuto per esercitare e applicare il principio della sussidiarietà, principio che anche per gli uomini politici democristiani della Regione era fino ad oggi rimasto soltanto una pura confessione. Nell'ambito della Regione esistente, attraverso la cui istituzione siamo stati trasformati in una minoranza senza speranza, dovevamo, dopo lunga attesa, giungere infine alla conclusione di non poter contare sulla comprensione dei rappresentanti del popolo di Stato a Trento e a Roma, rivendicando per conseguenza una vera autonomia

provinciale, un autogoverno, cioè, per il solo Tirolo meridionale.

Poichè, in fin dei conti, la parola autonomia significa « potersi governare da sè » e non invece « essere governati da altri ». Tale nostra rivendicazione si basa sulla lettera e sullo spirito dell'accordo di Parigi. Siamo persuasi di offrire con questa nostra moderata richiesta un contributo concreto alla unificazione europea nel senso della intesa tra i popoli senza spostamenti di confini tra paesi vicini.

Fu per questo che da parte dei rappresentanti eletti del gruppo etnico sudtirolese due anni fa era stato presentato al Senato e alla Camera dei Deputati un apposito disegno di legge, il quale per altro a tutt'oggi non è stato ritenuto degno di essere trattato. Non ci si può pertanto liberare dall'impressione che tale procrastinarsi veramente straordinario della manifestazione della volontà del Parlamento centrale nei riguardi di tale disegno di legge sia da attribuire alla mancanza di comprensione per le giustificate rivendicazioni di una minoranza etnica, e ciò malgrado l'art. 6 della Costituzione e nonostante la conoscenza degli impegni precisi scaturenti dall'accordo di Parigi. Al fine di puntellare tale necessaria comprensione per giungere alla più rapida possibile approvazione del disegno di legge in oggetto, l'altro firmatario dell'accordo di Parigi, vale a dire il Governo austriaco, dovrà impegnarsi in proposito per evitare che i ritardi lamentati non si prolunghino oltre misura.

Con l'occasione ci sembra necessario, per non dare adito a dubbi di sorta, di riaffermare nuovamente che la S.V.P. non potrà a nessun costo desistere dalla propria rivendicazione per un vero e proprio autogoverno per il solo Tirolo meridionale nel senso del surriferito disegno di legge, rivendicazione alla quale non intende quindi rinunciare.

Noi, rappresentanti sudtirolesi, dichiariamo in modo impegnativo di non avere alcuna intenzione di restringere lo sviluppo naturale del gruppo etnico italiano vivente nella nostra terra. Tale nostra volontà risulta confermata attraverso il nostro comportamento nei confronti del gruppo etnico italiano in quegli enti e in quelle istituzioni, in cui i sudtirolesi hanno la maggioranza. In seno al Consiglio Provinciale di Bolzano e all'Amministrazione

provinciale siamo in maggioranza. In seguito alla buona collaborazione nell'Amministrazione provinciale del Tirolo meridionale i rappresentanti del gruppo etnico italiano non hanno abbandonato la coalizione esistente.

Solo dopo la concessione di un vero autogoverno potremo vivere liberi dal timore di essere etnicamente sommersi, trovandoci nelle condizioni di dimostrare ancora maggiore comprensione per le esigenze degli italiani qui viventi.

Solo una vera autonomia provinciale potrà garantire lo sviluppo naturale e la elevazione del benessere a favore di tutti i gruppi etnici viventi nella nostra terra. Noi non abbiamo naturalmente nulla da obiettare acchè anche alla Provincia di Trento si conceda un'autonomia speciale.

Nella situazione tesa in cui ci troviamo e dopo il discorso del Presidente della Giunta regionale, le dichiarazioni ufficiali della D.C., per bocca del suo capogruppo dottor Kessler, hanno per noi avuto un effetto sorprendente. Certe affermazioni giudiziose sono in contrasto con le concezioni sinora avute dalla D.C. e costituiscono indubbiamente un passo in avanti, essendo state fatte per la prima volta in seno al Consiglio Regionale. Le stesse peraltro sono accentuatamente generiche, dimodochè non sono per noi sufficienti per essere adeguatamente valutate.

Sentiamo che la D.C. ammette una coesistenza dei diversi gruppi etnici nel Tirolo meridionale senza mescolanze. Prendiamo atto con soddisfazione di tale seppur tardivo accenno, secondo il quale una minoranza etnica non può a lungo esistere se le si concedono soltanto gli stessi diritti di cui fruisce il popolo di Stato, rendendo quindi necessari, per la tutela delle minoranze, dei provvedimenti speciali. Abbiamo sentito, attraverso il discorso del capogruppo del partito di maggioranza, qualche cosa sullo Stato come tale in stretta relazione con il principio della sussidiarietà, ma fino ad oggi non abbiamo avuto motivo alcuno per ritenere che i rappresentanti del suo partito avessero, in seno al Governo centrale, agito secondo i dettami di tale principio. Noi auspichiamo di poterci credere in avvenire, onde essere in grado non solo di temere l'autorità dello Stato, ma pure di poterli tributare il rispetto corrispondente.

È certamente la prima volta che dalla bocca di un rappresentante qualificato della D.C. abbiamo sentito dichiarazioni seppure di carattere generale, sul riconoscimento del diritto dei genitori nel campo educativo e culturale.

Sono o meno tali assicurazioni fattecce dal capogruppo della D.C. in modo troppo generico nel Consiglio Regionale assicurazioni concordate con gli organi centrali responsabili della D.C. di Roma e con lo stesso Governo centrale?

Lo dubitiamo, anche perchè in questo frattempo a Roma è scoppiata la crisi di Governo. Ma se degli accordi con gli organi centrali non ci saranno, quelle tardive assicurazioni avranno per noi un'importanza essenzialmente minore, poichè la loro realizzazione non è affidata alle mani della Regione, ma quasi esclusivamente a quelle dello Stato.

O sono forse state formulate tali assicurazioni fatte dal capogruppo della D.C. in forma volutamente generica e vaga onde conferire ad esse un carattere non impegnativo?

Le sue dichiarazioni a proposito delle norme di attuazione in materia scolastica avrebbero potuto essere fatte in maniera più concreta, visto che le stesse già da tempo sono oggetto di trattative. Dico questo particolarmente al riguardo del passaggio del personale insegnante di lingua tedesca e ladina alla Provincia, al riguardo della insindacabilità della dichiarazione dei genitori pure per i ladini, essendo ciò soltanto in armonia con il proclamato diritto dei genitori; intendevo riferirmi altresì alla parità di diritto dei ladini nella amministrazione della scuola, alla responsabilità propria del provveditore agli studi per le scuole di lingua tedesca e ladina, ecc. Potremmo finanche essere d'accordo di limitare per ora le norme di attuazione in materia scolastica alla sola scuola di lingua tedesca e ladina. E se il capogruppo della D.C. parla delle possibilità della destanziazione dei segretari comunali, perchè allora non ci ha subito detto pure in quale modo si pensa di tradurre in realtà concreta tale possibilità? Se cioè tanto debba essere fatto in base ad una legge regionale oppure in base alle norme di attuazione dello Statuto autonomistico?

Altrettanto vago ci sembra l'accento in merito alla possibilità del trasferimento di deleghe per mezzo di leggi statali in base all'art. 13 dello Statuto di autonomia alla sfera di competenza della Provincia e di altri enti locali. Non avrebbe egli forse potuto indicarci provvedimenti concreti come ad esempio il trasferimento delle attribuzioni statali alla Provincia riguardanti l'ufficio provinciale del lavoro e l'ispettorato del lavoro? E perchè il controllo sulla concessione della residenza non potrebbe essere, per questa via, affidato da parte dello Stato alla autorità provinciale?

Il capogruppo della D.C. nel Consiglio Regionale ha promesso dei provvedimenti atti a facilitare l'accesso dei sudtirolesi agli impieghi e ai servizi pubblici, definendo infondate le nostre preoccupazioni.

Così pure egli non ha preso posizione a proposito della nostra rivendicazione reiteratamente avanzata riguardante l'assegnazione dei posti d'impiego negli uffici statali e negli enti parastatali esistenti nel Tirolo meridionale a elementi sudtirolesi, italiani e ladini in base alla proporzione etnica della nostra provincia. Eppure tale possibilità ci sarebbe, nel riservare cioè un numero adeguato di posti ai singoli gruppi etnici secondo il loro effettivo rapporto numerico. È per questo che dovrebbero essere banditi dei concorsi speciali per assegnare tali posti, concorsi ai quali dovrebbero avere il diritto di partecipare solamente i sudtirolesi, ladini e gli italiani residenti nel Tirolo meridionale. Si dovrebbero poi prendere anche le misure necessarie per garantire la inamovibilità degli impiegati e funzionari di lingua tedesca e ladina addetti agli uffici statali e parastatali.

Ma, pure le materie in cui la Regione stessa potrebbe trasferire in base all'art. 14 dello Statuto di autonomia le attribuzioni alla Provincia, non sono state in alcun modo concretamente precisate, quantunque il capogruppo della D.C. in tale campo sarebbe stato in grado di presentarci un programma impegnativo, trattandosi in questo caso di attribuzioni per le quali non è competente il Governo centrale ma la Regione stessa.

Mi sia ancora consentito fare un'osservazione, prima di concludere, che ritengo importante: i rappresentanti della D.C. dovrebbero cioè com-

prendere le ingiustizie subite dal nostro gruppo etnico nell'epoca del fascismo. Perchè si ritarda tanto a riconoscere almeno in parte tali ingiustizie?

Le conclusioni più essenziali che dobbiamo trarre da quanto ci ha detto il capogruppo della D.C. sono però le seguenti: una vera e propria autonomia provinciale per il solo Tirolo meridionale non potrebbe essere presa in considerazione perchè la struttura esistente della Regione non potrebbe essere revisionata. Ma egli è andato ancora oltre dichiarando che con le accennate assicurazioni la D.C. considera conclusi definitivamente i possibili provvedimenti da prendere a favore della conservazione del nostro gruppo etnico.

È per questo che la relativa dichiarazione del capogruppo della D.C., nonostante le formulazioni alle volte cortesi e accondiscendenti del suo discorso, deve essere concepita come una specie di ultimatum. Non va dimenticato che nel corso di più di 11 anni da quando esiste la Regione da parte nostra sono stati compiuti parecchi passi onde raggiungere l'adempimento dei diritti spettantici, compresi tra l'altro nelle concessioni or ora prospettate. In seguito al grave ritardo e all'atteggiamento negativo di coloro che sinora sono stati i responsabili dello sviluppo della situazione nella Regione, siamo andati a finire nella grave situazione in cui al presente si trova la nostra Regione.

Nessuna parola è stata spesa per dirci se la D.C. è intenzionata ad aiutarci eventualmente nel salvare, attraverso la modifica delle norme di attuazione in materia di edilizia popolare, quel pilastro fondamentale necessario per conservarci lo spazio di vita e che, in contrasto con una chiara norma dello Statuto autonomistico, ci è stato sottratto.

Non è possibile riguadagnare nè ridare la fiducia perduta soltanto per mezzo di parole. Ma la fiducia non può neppure essere riconquistata con la forza o con le minacce.

Riassumendo possiamo quindi constatare che le dichiarazioni della D.C., così come le abbiamo sentite per bocca del suo capogruppo in Consiglio Regionale, ci deludono in modo assoluto, nonostante le formulazioni qualche volta abili, e precisamente:

- 1) perchè attraverso le stesse la nostra rivendicazione, già chiaramente formulata per mezzo di un disegno di legge costituzionale tendente ad ottenere una vera autonomia provinciale per il solo Tirolo meridionale, viene inequivocabilmente respinta ;
- 2) perchè la massima parte delle concessioni in esse contenute potrà essere realizzata soltanto se il Governo italiano, oggi inesistente, darà il proprio consenso, e
- 3) perchè nei pochi mesi che abbiamo a disposizione prima di giungere alle nuove elezioni per il Consiglio Regionale, il tempo per realizzarle è troppo breve, premesso che il Governo centrale di Roma dia il proprio consenso per tradurre in realtà le concessioni in parola.

Con l'occasione vorrei nuovamente constatare che le formulazioni cui è ricorso il capogruppo del-

la D.C. sono del tutto indefinite, dimodochè non è possibile derivarne degli impegni precisi.

Infine vorrei ancora aggiungere che tutto quanto ci è stato presentato sotto forma di concessione massimale della D.C., null'altro significa se non o la insufficiente attuazione del vigente Statuto autonomistico oppure la eliminazione di una minima parte di quelle condizioni ingiuste nel Tirolo meridionale ancora di origine fascista.

Per questi motivi mi sento indotto a dichiarare, nel nome del gruppo consiliare del S.V.P., che le offerte fatte non possono costituire alcuna premessa acchè il nostro gruppo sia posto nella condizione di rivedere il proprio atteggiamento. Esse, anzi, non costituiscono neppure una premessa tale da permettere di trovare una soluzione provvisoria di transizione fino alla data delle prossime elezioni.

*A cura dell'Ufficio resoconti consiliari*



